

Streit um das Gemeindegut eskaliert

Der Ton in der Agrardebatte wird schärfer: Bauernchef Hechenberger wirft AK-Boss Zangerl Klassenkampf vor, Schöpf verlangt Rückführung des Gemeindeguts.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Eigentlich reicht es allen: dem Gemeindeverband, der Bauernkammer, der AK und dem SPÖ-Klub. Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf fordert nach den Erfahrungen aus den Informationsveranstaltungen für Bürgermeister über die Vermögensaufteilung bei den Gemeindegutsagrargemeinschaften jetzt eine Rückübertragung des Gemeindeguts an die Kommunen. „Das Agrargesetz wurde zwar novelliert, aber nach zwei Jahren Nicht-Umsetzung des Höchstgerichtshoferkenntnisses gibt es für mich nur eine Konsequenz: Das ehemalige Gemeindegut muss an die Kommunen zurück übertragen werden.“

Für Schöpf würde das ganz einfach durch die Änderung der Regulierungspläne gehen. „Das Höchstgericht hat die seinerzeitigen Übertragungen des Gemeindeguts an die Agrargemeinschaften als offenkundig verfassungswidrig bezeichnet. Es kann also nicht verfassungswidrig sein, wenn der verfassungskonforme Zustand wiederhergestellt wird.“ Die Gemeinden müssten wieder unbeschränkt über ihr ehemaliges Gemeindegut verfügen können, „die Agrarier hätten aber weiterhin ihre Nutzungsrechte hinsichtlich des Haus- und Gutsbedarfs bzw. der Weiderechte.“

Dafür hat Bauernkammer-Chef Josef Hechenberger wenig Verständnis. Er ärgert sich auch maßlos über die Kritik von AK-Boss Erwin Zangerl an den angeblichen Privilegien der Bauern. „Die Sozialpartnerschaft soll eine Partnerschaft, aber keine Gegnerschaft sein. Tausende Bauern sind auch Mitglieder der Arbeiterkammer, was Zangerl betreibt, ist purer Klassenkampf.“

Als Wanderprediger aus dem Ötztal bezeichnet Hechenberger den Gemeindeverbandspräsidenten. „Schöpf stellt immer wieder neue Forderungen auf: Zuerst sollen die Gemeinden das Sagen in den Agrarausschüssen haben, jetzt verlangt er überhaupt die Rückübertragung des Gemeindeguts.“ Das VfGH-Erkenntnis zu den Agrargemeinschaften werde konsequent umgesetzt.

Wie Schöpf ist auch SPÖ-Klubobmann Hanspeter Bock nicht zufrieden. Er kritisiert die Abrechnungsmethode samt Behördenanleitung. „Bei der vorliegenden Fassung ist den Gemeinden dringend anzuraten, die Abrechnungen der Gemeindegutsagrargemeinschaften sowie die Rechnungskreise nicht oder nur unter Vorbehalt zu akzeptieren“, so Bock.